Alarmruf der Malteser: Bevölkerungsschutz braucht Pflichtdienst im Ernstfall

Malteser warnen vor Personalmangel im Bevölkerungsschutz: Im Ernstfall drohen Engpässe bei der Versorgung verletzter Zivilisten.

Die Herausforderungen der Bevölkerungssicherheit: Malteser warnen vor Personalmangel

Ein dringender Appell an die Öffentlichkeit

Die Malteser, eine der bedeutendsten Hilfsorganisationen Deutschlands, schlagen Alarm und weisen auf die unzureichenden Kapazitäten im Bevölkerungsschutz hin. In Anbetracht der aktuellen sicherheitspolitischen Lage, in der das mögliche militärische Engagement Deutschlands in Europa diskutiert wird, wird deutlich, dass der zivilgesellschaftliche Aspekt der Sicherheit vernachlässigt wird. Die Organisation fordert eine dringende Reform und eine Diskussion über die

Bürgerbeteiligung im Bereich des Bevölkerungsschutzes.

Die Zahlen sprechen für sich

Albrecht von Croÿ, der Vizepräsident der Malteser, erläutert, dass die Organisation jährlich etwa 5000 neue Teammitglieder benötigt, um im Ernstfall zielführend handeln zu können. Es wird geschätzt, dass lediglich die Hälfte dieser Anforderung durch Freiwillige abgedeckt werden kann. Dies verdeutlicht das Fehlen einer strukturierten Rekrutierung und den wachsenden Bedarf an Unterstützung im Bevölkerungsschutz.

Ein innovativer Vorschlag für die Dienstpflicht

Um dem Personalmangel zu begegnen, hat von Croÿ ein Modells des „Gesellschaftsdienstes im Bevölkerungsschutz“ vorgeschlagen. Dieses Konzept sieht vor, dass der Dienst über vier Jahre abgeleistet werden kann, während gleichzeitig eine berufliche Ausbildung oder ein Job fortgesetzt werden kann. Dies könnte eine attraktive Option für viele jungen Menschen sein, die einen Beitrag zur Gesellschaft leisten möchten, ohne ihre gesamte Lebensplanung umstellen zu müssen.

Öffentliche Unterstützung für einen Pflichtdienst?

Ein aktueller INSA-Umfrage zeigt, dass 53 Prozent der Deutschen für eine allgemeine Dienstpflicht sind. Dies könnte möglicherweise auf ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit eines starken Bevölkerungsschutzes hindeuten. Die Unterstützung der Bevölkerung steht im Kontrast zur politischen Realität, in der es jedoch an der Zustimmung für eine Umsetzung mangelt.

Die Rolle des Gesundheitswesens im

Krisenfall

Zusätzlich zu den Herausforderungen im Bevölkerungsschutz äußern auch Experten im Gesundheitswesen Bedenken. Kassenärzte-Chef Andreas Gassen betont, dass das System nicht auf eine massive Belastung durch Kriegsverletzte vorbereitet ist. Eine umfassende Analyse der Ressourcen in Praxen und Kliniken wäre notwendig, um die tatsächlichen Kapazitäten zu ermitteln. Ein System unter Stress könnte bereits im Vorfeld überfordert werden.

Politischer Wille fehlt

Die politische Unterstützung für diese Konzepte scheint bislang zu fehlen. Von Croÿ fordert, dass Innenministerin Nancy Faeser Gespräche mit den Hilfsdiensten führen solle, um die Möglichkeiten zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes zu erörtern. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren könnte entscheidend sein, um den Herausforderungen der Zukunft vorzubeugen.

Ein Appell für aktive Bürgerbeteiligung

Die Malteser und andere Hilfsorganisationen stehen an einem Wendepunkt. Es ist dringend erforderlich, die Weichen für eine robuste und reaktionsfähige Infrastruktur im Bevölkerungsschutz zu stellen. Die Bürger sind aufgerufen, sich aktiv zu engagieren und neue Wege der Zusammenarbeit zu entdecken, um gemeinsam eine sicherere Gesellschaft zu schaffen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de